

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**am 02.10.2024**

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 16:16 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kotulla

Herr Kuhlmann

Herr Langeworth

SPD

Frau Weißenfeld

Vorsitz

Frau Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Stellv. Vorsitz

Frau Radert

FDP

Herr Kohlhase

Die Linke

Herr Goertz

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Bartheidel

Mädchentreff Bielefeld e. V.

Frau Hopster

AWO Kreisverband

Herr Varnholt

DiakonieVerband Brackwede

Herr Rotter

Der Paritätische

Herr Müller

Sportjugend Bielefeld

Frau Wollenberg

SJD – Die Falken

Beratende Mitglieder

Herr Runge

Bezirksschüler\*innenvertretung

Herr Wierz

Jugendamtselternbeirat

Frau Häckel

Bielefelder Jugendring e. V.

Herr Wittler

REGE mbH

Frau Pidlyy

Agentur für Arbeit Bielefeld

Frau Wandersleb

Vertreterin der Bielefelder Schulen

Frau Vohns

Beirat für Behindertenfragen

Frau Dr. Asma Ait Allali

Integrationsrat

Frau Meinert

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Frau Hoffmann

Evangelische Kirche

Frau Meinert

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

### Verwaltung

Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Frau Bülter	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Herr Hanke	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Herr Leesemann	Stab Dezernat 5
Frau Strohbücker	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Herr Witt	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Frau Escoz Barragan	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Frau Müller	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -
Frau Beckhoff	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - Schriftführung
Frau Büscher	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - Schriftführung

### Gäste

Frau Dr. Klein	Amt für Schule
Herr Bilke	Amt für Schule
Frau Trockels	Kulturamt
Herr Akay	Kinder- und Jugendrat
Herr Blume	Büro für Sozialplanung
Frau Schoof	Büro für Sozialplanung

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Weißenfeld eröffnet die 40. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Zur heutigen Sitzung begrüßt sie insbesondere

- **Barbara Meinert** als neues beratendes Mitglied (Jobcenter Arbeitplus)
- **Angelika Wandersleb** als neues stellvertretendes beratendes Mitglied (Vertretung der Bielefelder Schulen)

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet alle Anwesenden sich zu erheben und verpflichtet Frau Meinert und Frau Wandersleb mit nachfolgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Herr Kohlhasse informiert den Jugendhilfeausschuss darüber, dass er den Antrag 5.1 „Notfallmaßnahmen Kinderbetreuung entwickeln (Antrag der FDP-Fraktion vom 18.06.2024)“ zurückzieht. Der Antrag wird somit nicht weiter behandelt.

Herr Hood beantragt, den TOP 5.3 „Konzept für ein Bielefelder Beratungs- und Unterstützungszentrum“ in 4. Lesung zu beraten, da das Gremium noch nicht abstimmungsfähig sei.

Darüber hinaus soll es eine Sondersitzung am 29.10.24 mit den Sozial- und Gesundheitsausschuss geben. Die Sitzung beginnt um 16:00 Uhr. Hier soll der Tagesordnungspunkt 5.2 „Eckdatenbeschluss Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2026-2028 - Antrag der Koalition“ aufgerufen werden und zudem soll der TOP „Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppel-Haushalt 2025/2026 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt-“ in 2. Lesung behandelt werden.

## Öffentliche Sitzung:

**Zu Punkt 1**      **Genehmigung der Niederschrift über die Gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Schul- und Sportausschuss am 18.06.2024 (Nr. 38)**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die Gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Schul- und Sportausschuss am 18.06.2024 (Nr. 38) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.08.2024**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.08.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen

---

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1**      **Inbetriebnahme eines Sleep In für junge Menschen in Bielefeld**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

---

**Zu Punkt 3.2**      **Insolvenzverfahren AWO Bezirksverband OWL e.V. - Erstattungsforderungen des Landes**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

---

**Zu Punkt 3.3**      **Forum Lebenslagenbericht am 15. November 2024**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

---

**Zu Punkt 3.4**     **Dokumentation der 9. Bildungskonferenz mit dem Titel „Was bewegt die Bildungsregion? -Zentrale Jugendthemen und Handlungsempfehlungen“**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilung.

-.-.-

**Zu Punkt 4**     **Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**     **Betreuungsstunden in Bielefelder KiTas - Anfrage der FDP**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8473/2020-2025

Die Anfrage wird von Herrn Kohlhase zurückgezogen.

-.-.-

**Zu Punkt 5**     **Anträge**

**Zu Punkt 5.1**     **Notfallmaßnahmen Kinderbetreuung entwickeln (Antrag der FDP-Fraktion vom 18.06.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8255/2020-2025

Der Antrag wird von Herrn Kohlhase zurückgezogen.

-.-.-

**Zu Punkt 5.2**     **Berichterstattung der Tagesmutter Bielefeld e. V. - Antrag der FDP-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8483/2020-2025

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, da die Vertreterinnen der Kindertagespflegepersonen erst am 20.11.2024 berichten können.

-.-.-

**Zu Punkt 5.3**     **Eckdatenbeschluss Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2026-2028 - Antrag der Koalition**

Der Tagesordnungspunkt wird nicht beraten und in der Sondersitzung am 29.10.2024 behandelt.

-.-.-

#### Zu Punkt 5.4

#### **Kommunaler Zuschuss Verein BAJ e. V. - Antrag der Koalition vom 23.09.2024**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8742/2020-2025

Herr Hood stellt folgenden Änderungsantrag:

Erweiterung des Antrags um den Passus „*eines um jährlich 190.000 Euro erhöhten*“

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

- einstimmig beschlossen -

#### **Beschluss:**

**Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die von der Verwaltung vorgeschlagenen Förderungen des Vereins BAJ e.V. aufgrund seiner arbeitsmarkt- und jugendpolitischen Bedeutung und empfiehlt dem FiPA die Bewilligung eines um jährlich 190.000 Euro erhöhten kommunalen Zuschusses.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, das Vertragskonstrukt mit dem Verein BAJ e.V. weiter auszuarbeiten und die in Drucksachen-Nr. 8371/2020-2025 vorgeschlagenen Aspekte zu berücksichtigen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen

-.-.-

#### Zu Punkt 6

#### **EBBIE - Initiative für Sozial- und Erziehungsberufe in Bielefeld**

Herr Witt erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation. Die Präsentation ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift. Das Gremium bedankt sich für den Vortrag.

Auf Nachfrage teilt Herr Witt mit, dass die Onlinemaßnahmen sehr lokal geschaltet würden. Die Erfolgsquote sei schwer zu messen. Die Rückmeldungen der Agentur seien positiv. Weiterhin sei eine Onlineabfrage an Berufskollegs geplant. Darüber hinaus sollen neue Auszubildende gefragt werden, ob ihnen das Projekt bekannt sei.

Bezüglich der Rückfragen zur Finanzierung teilt Herr Witt mit, dass bis August nächsten Jahres 15.000 € aus dem Haushalt des Jugendamtes genommen werden sollen.

Bezüglich der Rückfragen für Mehrsprachigkeit weist Herr Witt darauf hin, dass für diesen Aspekt aktuell keine Ressourcen vorhanden sein. Die Inhalte seien in einfacher Sprache formuliert.

Weiterhin sei es herausfordernd, genügend Personal zu finden. Zudem äußerte er den Wunsch, in Zukunft sowohl Frauen als auch Männer als Content Creator zu gewinnen. Er würde es begrüßen Personen mit Migrationsgeschichte stärker einzubinden, um den Aspekt der Mehrsprachig-

keit zu integrieren.

-.-.-

## **Zu Punkt 7 Zwischenevaluation zum Bielefelder Ausbildungsfonds**

Herr Wittler erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation. Die Präsentation ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift. Das Gremium bedankt sich für den Vortrag.

Herr Wittler würde das Projekt gerne fortführen und kündigt eine Beschlussvorlage der Verwaltung an. Vorsitzende Frau Weißenfeld bestätigt die positiven Rückmeldungen und äußerte ebenfalls den Wunsch, das Projekt weiterzuführen.

Es wird darauf hingewiesen, dass es eine Herausforderung darstelle, Schüler\*innen der Gymnasien gezielt anzusprechen. Herr Wittler erklärt in diesem Zusammenhang, dass es verschiedene Formate und Ansätze gebe, um die Zielgruppe zu erreichen. Bei dem Ausbildungsgipfel sei nur ein Gymnasium vertreten gewesen. In Zukunft sollen weitere Maßnahmen entwickelt werden, um Gymnasiasten gezielt anzusprechen.

-.-.-

## **Zu Punkt 8 Berichterstattung „Open Sunday“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8653/2020-2025

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass die Bezirke Brackwede und Heepen Potenzial für eine weitere Ausweitung des Angebots bieten.

Das Gremium bedankt sich für die geleistete Arbeit und hebt hervor, dass fast 6.000 Personen an dem Angebot des „Open Sunday“ teilgenommen hätten.

Frau Wend merkt an, dass sowohl Mädchen als auch Jungen gleichermaßen angesprochen worden seien und fragt nach dem "Geheimrezept" hinter diesem Erfolg. Herr Blume hebt hervor, dass die Arbeit in den Vereinen mit großem Engagement und Herzblut erfolge. Er betont, dass viele Mädchen als Anleiterinnen tätig und auch Jugendliche mit Migrationsgeschichte aktiv eingebunden seien. Dies ermögliche eine enge Verbindung zur Lebensrealität der Zielgruppe. Direkte Ansprache erfolge häufig über Schulen und Familiengrundschulzentren, was eine gezielte Erreichung der Zielgruppen ermögliche. Weiterhin wurde angemerkt, dass das Konzept „bewegter Schulhof“ gut gelaufen sei und positive Ergebnisse erzielt wurden. Dabei wird betont, dass die Förderung der Gesundheit, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, eine gemeinsame Verantwortung der Gesellschaft darstelle.

Die weitere Finanzierung des Projekts soll durch externe Mittel erfolgen, wobei eine Spendenkampagne ins Leben gerufen wurde. Weiterhin seien die Krankenkassen bezüglich der Finanzierung angefragt worden. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger gibt die Rückmeldung, dass gemäß § 20

Abs. 5 SGB V keine Dauerfinanzierungen durch die Krankenkassen möglich seien. Es könne bei der Finanzierung nicht auf Krankenkassen gesetzt werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

## Zu Punkt 9

### **Auswertung der Eigenanteilsabfrage bei den Trägern der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8500/2020-2025

Frau Hopster berichtet, dass die Anfrage an die freien Träger komplex sei. Fast 50 Prozent der Mittel kämen durch Eigen- bzw. Drittmittel hinzu. Zudem hebt sie hervor, dass im Umfang von etwa 90.000 Stunden ehrenamtliche Projekte unterstützt werden und eine wertschätzende Anerkennung ihrer Arbeit wichtig sei.

Das Gremium bedankt sich für die Eigenanteilsabfrage. Der Überblick über die hohen Eigenanteile wird als sehr hilfreich angesehen. Es wird betont, dass bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuFs) nicht gespart werden dürfe.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

## Zu Punkt 10

### **Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Primärbereich; hier: Aktueller Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8329/2020-2025

Aus den Reihen der freien Träger wird der Erlass als ein „Armutzeugnis“ bezeichnet und festgestellt, dass dieser Erlass nicht in ein Gesetz überführt worden sei. Es wird betont, dass die Enttäuschung in der Trägerschaft groß sei, da von Seiten der Landesregierung alle Akteure zwar beteiligt wurden, aber konkrete Maßnahmen oder Gesetzesvorgaben weiterhin fehlen. Der Erlass trage nicht dazu bei, bestehende Ungleichheiten zu beseitigen – im Gegenteil, diese Ungleichheiten würden sogar noch verstärkt. Neuerungen oder wertschätzende Ansätze seien nicht erkennbar. Insbesondere sei es bedauerlich, dass nicht ausreichend anerkannt werde, dass bereits mehr als die Hälfte aller Grundschulkinder in den Offenen Ganztagschulen (OGS) betreut werden. Die Situation in Bielefeld sei im Vergleich zu anderen Städten zwar grundsätzlich gut, dennoch stehe die Stadt vor erheblichen Herausforderungen. Trotz der bisherigen Erfolge müsse noch viel getan werden, insbesondere im Hinblick auf den schnellen Ausbau der Infrastruktur. Neue Räumlichkeiten für die Betreuung in Ganztagschulen seien dringend notwendig und es müsse rasch gehandelt werden, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden.



Erster Beigeordneter Herr Nürnberger weist auf die Rechtslage im SGB VIII hin, wonach das Jugendamt im Falle von Problemen rechtlich verantwortlich gemacht werden könne. Dies unterstreiche die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit dem Amt für Schule. Außerdem betont er, dass die Verwaltung stark an der Qualitätssicherung interessiert sei, auch wenn diese schwerer zu gewährleisten sei als die bloße Verbesserung der Raumsituation.

Die politischen Vertreter\*innen äußern sich erfreut darüber, dass die OGS auch im Jugendhilfebereich ein wichtiges Thema sei und betonen, dass auf die Fachlichkeit geachtet werden müsse. Besonders bei der Schaffung von Räumen für OGS und Inklusion sei dies wichtig. Sie sehen die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt als entscheidend für den Erfolg.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger hebt die enge Zusammenarbeit mit dem Dezernat 2 hervor, die seit mehreren Jahren bestünde. Mehrfach im Jahr fänden Gespräche statt. Man habe einen verlässlichen Modus zwischen dem Jugendamt und dem Amt für Schule gefunden, was insgesamt gut funktioniere.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

## Zu Punkt 11

### **Zweiter Kulturentwicklungsplan - Kulturentwicklung Bielefeld "Freiräume für Ideen"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8241/2020-2025

Frau Trockels erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation. Die Präsentation ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

Das Gremium bedankt sich für den Vortrag.

Im Rahmen der Diskussion wird von mehreren Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses angemerkt, dass die Zusammenarbeit und Berücksichtigung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im Plan unzureichend sei.

Auf den Seiten der freien Träger wird nochmal besonders auf das Problem hingewiesen, dass Jugendarbeit häufig durch Einzelinteressen Erwachsener überstimmt werde. Des Weiteren wird betont, dass ein Jugendkulturhaus notwendig sei.

Frau Trockels teilt mit, dass der Wert der Kinder- und Jugendarbeit im Kulturentwicklungsplan grundsätzlich hochgehalten werde, jedoch oft wenig konkret sei. Der erste Kulturentwicklungsplan sei überwiegend in Dezernat 2 entwickelt worden. Für den zweiten Kulturentwicklungsplan sei eine breitere und engere Zusammenarbeit mit den Dezernaten angestrebt worden.

**Beschluss:**

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den zweiten Kulturentwicklungsplan – Kulturentwicklung Bielefeld „Freiräume für Ideen“ als Arbeitsgrundlage der Verwaltung zu beschließen.**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 12**

**Konzept für ein Bielefelder Beratungs- und Unterstützungszentrum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8203/2020-2025/1

Frau Bülter erläutert den Tagesordnungspunkt anhand der Nachtragsvorlage.

Es wird auf Doppelstrukturen hingewiesen, die die Effizienz beeinträchtigen könnten. Parallele Beratungsstellen seien zu vermeiden.

Es wird die Frage aufgeworfen, wie sich die 1,5 Verwaltungsstellen in der Nachtragsvorlage darstellen und welche Auswirkungen dies auf die Umsetzung habe.

Frau Dr. Klein steht dem Gremium für Rückfragen zur Verfügung und äußert, dass Stellenanteile im Haushalt des Amtes für Schule bereits vorhanden seien. Die Verwaltungsstelle sei zu Beginn notwendig, um das Projekt zu koordinieren, jedoch nicht zwingend auf Dauer erforderlich. Zudem weist sie darauf hin, dass der Haushalt separat beschlossen wird und es vorrangig um das pädagogische Konzept gehe. Zudem stünden 190.000 € Sachmittel für Schulpsychologie zur Verfügung.

Weiterhin spricht das Gremium die Refinanzierung an, um die finanziellen Aspekte der Vorlage zu klären.

Aus den Reihen der freien Träger wird klargestellt, dass es gute Tradition sei, Inhalt und Finanzen zusammen zu beraten. Die Frage der Parallelwelten und Doppelstrukturen sei weiterhin nicht geklärt.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger nimmt die Wortmeldungen des Gremiums sowie die grundsätzliche Kritik am Konzept zur Kenntnis und wird diese Punkte im Verwaltungsvorstand vorbringen. Das Gremium weist darauf hin, dass auch die räumliche Situation sowie die 5 Mio. Euro Budget im Verwaltungsvorstand thematisiert werden sollten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Nachtragsvorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 13

### Situation der Kindertagesbetreuung im September 2024 - Offener Brief an Herrn Ministerpräsident Hendrik Wüst

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8755/2020-2025

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss sich dem Offenen Brief von Trägern der Kindertageseinrichtungen in Bielefeld und des Jugendamtselternbeirats an Herrn Ministerpräsidenten Hendrik Wüst anschließt.

Hierzu gibt es unterschiedliche Reaktionen aus dem Gremium. Eine Position stellt fest, dass es korrekt sei, dass das Thema der Kindertagesbetreuung aktuell behandelt werde. Dennoch wird darauf hingewiesen, dass es schwierig sei, den offenen Brief zu unterzeichnen, da sich viele Akteure bereits positioniert hätten und es daher Herausforderungen gäbe, eine gemeinsame Unterschrift zu erreichen.

Weiterhin wird ausgeführt, dass bereits offene Briefe versendet worden seien und auf trotzdem allen Ebenen an die Landesregierung appelliert werden müsse. Der Brief solle unterstützt werden.

Aus den Reihen der freien Träger wird ebenfalls die Position vertreten, sich dem Brief anzuschließen und das Land bezüglich der Bildungs- und Betreuungsketten nicht aus der Pflicht zu nehmen.

Herr Goertz stellt im Rahmen der Diskussion folgenden Antrag:

*Der Jugendhilfeausschuss schließt sich dem Offenen Brief von Trägern der Kindertageseinrichtungen in Bielefeld und des Jugendamtselternbeirats an Herrn Ministerpräsidenten Hendrik Wüst an.*

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage und in 1. Lesung Kenntnis von dem Antrag.

---

## Zu Punkt 14

### Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Brackwede, Brackweder Straße 58, 33649 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8507/2020-2025

Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

**1. Die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Brackwede, Brackweder Straße 58, 33649 Bielefeld wird dem Deutschen Roten Kreuz übertragen.**

- einstimmig beschlossen -

**2. Die Stadt Bielefeld sichert dem ausgewählten Träger eine 100%ige Übernahme des gesetzlichen Finanzierungsanteils des**

Trägers nach § 36 Abs. 2 KiBiz ab Inbetriebnahme der Kita bis 31.07.2027 zu. Plätze, die durch Betriebe in Anspruch genommen werden (sog. Belegplätze), bleiben bei der Ermittlung des Zuschussbetrages unberücksichtigt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem ausgewählten Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt – als überörtlichem Träger der Jugendhilfe durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

getrennte Abstimmung einzelner Punkte

-.-.-

## Zu Punkt 15

### Neufassung der Entgeltordnung bei gleichzeitiger Anhebung des Entgeltes für die Mittagsverpflegung der Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8668/2020-2025

Das Gremium fragt, warum die Erhöhung des Entgelts für die Mittagsverpflegung nun erst vorgenommen werde. Es wird nach den Reaktionen der Elternbeiräte gefragt, insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Verzögerung der Anpassung.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger teilt dazu mit, dass das Controlling nicht optimal gelaufen sei und es hierzu bereits eine Informationsvorlage gegeben habe.

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass Reaktionen aus den Elternbeiräten vorliegen. Danach könnten die Eltern die Erhöhung nachvollziehen. Vereinzelt sei nachgefragt worden warum, die Erhöhung erst so spät erfolgt sei.

Herr Hood stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Beschlussvorschlag ist um den Satz

*„Die Verwaltung wird aufgefordert, mindestens alle zwei Jahre zu prüfen, ob aufgrund von Kostensteigerungen eine Änderung des Entgeltes zu Beginn des jeweils folgenden Kita-Jahres angezeigt ist.“*

zu ergänzen.

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

- einstimmig beschlossen -

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, dass der Rat der Stadt Bielefeld die beigefügte Neufassung der Entgeltordnung für die Mittagsverpflegung der Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Stadt Bielefeld mit Wirkung ab 01.01.2025 beschließt.

Die Verwaltung wird aufgefordert, mindestens alle zwei Jahre zu prüfen, ob aufgrund von Kostensteigerungen eine Änderung des Entgeltes zu Beginn des jeweils folgenden Kita-Jahres angezeigt ist.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 16**      **Trägeranteilssubventionierung Kitas – Antrag des Trägers Step Kids KiTas (Stepke)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8693/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

**Zu Punkt 17**      **Bezuschussung von praxisintegrierten Ausbildungsplätzen zu Kinderpfleger\*innen der Kita-Träger**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8688/2020-2025

Die Zuschussung der Bielefelder Kita-Träger im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung zur\*zum Kinderpfleger\*in mit kommunalen Mitteln wird positiv hervorgehoben. Die Fortführung der Förderung sei wünschenswert. Gleichzeitig sei ein Programm der Landesregierung zur Förderung von Ausbildungsplätzen wünschenswert und notwendig.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger hebt hervor, dass ein guter Übergang zwischen der Ausbildung zur\*zum Kinderpfleger\*in hin zum Beruf der Erzieher\*innen zu unterstützen sei. Kinderpfleger\*innen seien nur begrenzt in den Kitas einsetzbar. Um die Einsatzmöglichkeit zu erweitern, ist eine mögliche überganglose Zusatzqualifikation von 160 Wochenstunden sinnvoll.

-.-.-

**Zu Punkt 18**      **Einrichtung von 15 weiteren Planstellen für Integrationsfachkräfte in den städtischen Kindertageseinrichtungen im Vorgriff auf den Stellenplan 2025/2026**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8730/2020-2025

Es wird die Frage gestellt ob die freien Träger keinen Bedarf hätten und ob es Schnittstellen im OGS-Bereich gäbe.

Herr Hanke teilt mit, dass 15 zusätzliche Stellen dringend notwendig seien.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verdeutlicht, dass es notwendig sei, sich strukturell und nachhaltig den steigenden Förderbedarfen zu nähern.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach den Regeln entweder die Gruppenstärke in den Kitas verringert oder Integrationsfachkräfte eingesetzt werden können. Herr Hanke erklärt, dass diese Entscheidung im Einzelfall getroffen werden muss, gemeinsam mit dem Träger und der Kita. Das gelte für die städtischen und die freien Kitas gleichermaßen.

**Beschluss:**

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:**

- 1. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2025/2026 wird der Einrichtung von 15 weiteren Planstellen für Integrationskräfte in den städtischen Kindertageseinrichtungen zugestimmt.**
- 2. Dem damit verbundenen Personalaufwand von 675.000 € / Jahr wird zugestimmt. Durch die anteilige Refinanzierung durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe im Umfang von durchschnittlich 64% verbleibt eine kommunale Belastung von 243.000 €/Jahr, die im Gesamthaushalt zu decken ist.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 19 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppel-Haushalt 2025/2026 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8370/2020-2025/1

Der Jugendhilfeausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Nachtragsvorlage.

-.-.-

**Zu Punkt 19.1 Beantwortung von Fragen zum Doppel-Haushalt 2025/2026 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-**

Ohne weitere Aussprache nimmt der Jugendhilfeausschuss Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

**Zu Punkt 20**

**Nachfragen und Informationen zu noch offenen Beschlüssen  
und Ausblick auf die nächste Sitzung**

Frau Bülter teilt für die nächste Sitzung folgende Themen mit:

- Ausbildungsreport Jobcenter
- Bericht zum Ausbildungsmarkt
- Trägerschaft Kita Grünheide
- Evaluation/Zwischenbericht Kinder- und Jugendförderplan
- Neubesetzung der Handlungsfelder "Drogen und Sucht" und „Offene und koedukative Kinder- und Jugendarbeit“ im Fachbeirat für Mädchenarbeit
- Brief an Minister Präsident Wüst

Vorsitzende Frau Weißenfeld schließt die öffentliche Sitzung um 19:12 Uhr.

---

---

gez. Regine Weißenfeld  
Vorsitzende

---

gez. Jana Büscher  
Schriftführung